

Grünwald zahlt, damit Mitarbeiter bleiben

Gemeinderat beschließt einstimmig eine Arbeitsmarktzulage, um Personal zu halten

VON MARC OLIVER SCHREIB

Grünwald – Die Gemeinde Grünwald hat gute Argumente, um das eigene Personal zu halten und eine Abwanderung etwa zum Landratsamt, zur Stadt München oder in andere Gemeinden im Ballungsraum zu vermeiden. Zum Beispiel stellt sie eigene Wohnungen zur Verfügung. Trotzdem kommt es vor, dass sogar altgedientes Spitzenpersonal dem Rathaus den Rücken kehrt wie im Dezember vor einem Jahr Geschäftsleiter Peter Gantner (*wir berichten*). Er hat sich selbstständig gemacht. Im Gemein-

derat ist inzwischen einstimmig die Überzeugung gereift, dass ein zusätzliches Bindemittel nicht schaden würde – eine Arbeitsmarktzulage. Offenbar gestaltet sich die Personalgewinnung am Isartal-ufer als zunehmend schwierig in allen Bereichen – im Sozial- und Erziehungsdienst sowieso, aber auch in der Verwaltung.

Der Fachkräftemangel ist längst im öffentlichen Dienst angekommen. In Pullach hat man bei der Vergabe von Wohnungen deshalb Änderungen vorgenommen. Bislang musste man fünf Jahre in der Gemeinde gewohnt

oder acht Jahre hier gearbeitet haben, bis man sich um eine Unterkunft bewerben konnte. Der Zeitraum ist jetzt auf zwei Jahre reduziert worden – egal ob man hier wohnt oder arbeitet.

Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst lag im vergangenen Jahr bei 23 000 unterbesetzte Stellen in Bayern. Bis 2030 soll die Zahl auf mehr als das Dreifache, nämlich 73 000 anwachsen. Wer gut ausgebildet ist, kann sich den Arbeitgeber aussuchen, formuliert es Grünwalds Personalleiter Rudi Pleitner.

Erschwerend kommt hinzu, dass in den nächsten Jah-

ren viele Beschäftigte in den Ruhestand wechseln. Damit die Entscheidung leichter fällt, Grünwald den Zuschlag zu erteilen, will die Gemeinde tief in die Tasche greifen.

Das Monetäre wird aufgestockt und bewegt sich zwischen 230 Euro in der niedrigsten Verdienstgruppe und 289 Euro in der höchsten. Die zusätzlichen Kosten für die Gemeinde betragen 727 860 Euro im Jahr. Eigentlich wäre es über eine Million Euro im Jahr, aber die Gemeinde hat seit 2015 bereits 300 000 Euro für eine Arbeitsmarktzulage im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes bereitge-

stellt. Jetzt kommen ab Januar alle 300 Gemeindefacharbeiter in den Genuss, nicht nur neu Angestellte.

Der Kommunale Arbeitsverband Bayern erlaubt mittels Beschluss, dass im Einzelfall Zulagen möglich sind. Sie dürfen in Höhe von maximal 20 Prozent der Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe gewährt werden. Den Einzelfall streicht die Gemeinde kurzerhand aus der Beschreibung heraus und hat ihr eigenes Modell entwickelt, bei dem alle Mitarbeiter profitieren. Individualprämien im Einzelfall seien für das gute Klima im Rathaus nicht zu-

träglich und würden nach Ansicht der Verwaltung eine „gewisse Neidkultur“ bei den Beschäftigten hervorrufen.

Eine vorsichtige Anerkennung erlaubte sich Dietmar Jobst (PBG), Selbst ehemaliger Geschäftsleiter der Gemeinde. Er betonte, dass er die Regelung für richtig und gut hält. Gleichzeitig seien weder der Gemeinderat noch der Bürgermeister zu beneiden, die eines Tages die Zulage zu streichen gezwungen sind, weil es die finanziellen Mittel nicht mehr hergeben. Ein entsprechender Passus wurde vorsichtshalber in den Beschlussvorschlag eingebaut.